Verwaltungspraktikant:in Jurist:in im Bereich der Sozialentschädigung - Sozialministeriumservice Wien

Im Sozialministeriumservice - Landesstelle Wien Abteilung W4 (Sozialentschädigung) - ist befristet für die Dauer eines Jahres eine Vorbereitungsausbildung im Sinne der §§ 36a bis 36d des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 (Ausbildungsverhältnis - Verwaltungspraktikum) zu besetzen.

Bei der Vorbereitungsausbildung handelt es sich um ein Ausbildungsverhältnis, welches minimal auf sechs und maximal auf zwölf Monate befristet ist. Durch das Eingehen dieses Ausbildungsverhältnisses wird kein Dienstverhältnis zum Bund begründet. Bei entsprechendem Verwendungserfolg und Vorliegen der gesetzlichen Möglichkeiten ist der Dienstgeber jedoch bestrebt, eine längerfristige berufliche Perspektive zu bieten. Ein Rechtsanspruch auf Übernahme in ein Dienstverhältnis besteht jedoch nicht.

Ihre Perspektiven bei uns:
• ein interessantes Aufgabenfeld
• abwechslungsreiche Tätigkeiten
• flexible Arbeitszeitmodelle (Gleitzeit, Homeoffice,..)
• freiwillige Sozialleistungen (Essensgutscheine)
• Gesundheitsförderungsprogramme (Obsttage, Impfaktionen, Vorsorgeuntersuchungen)

Wertigkeit/Einstufung:	Verwaltungspraktikant/in
Dienststelle:	BASB Landesstelle Wien
Dienstort:	1010 Wien, Babenbergerstraße 5
Vertragsart:	Befristet
Befristung:	
Beschäftigungsausmaß:	Vollzeit
Beginn der Tätigkeit:	ehestmöglich
Ende der Bewerbungsfrist:	10.08.2025
Monatsentgelt/bezug:	€ 3.519,10 brutto
Referenzcode:	BMASGPK-25-0145

Aufgaben und Tätigkeiten

Die Abteilung beschäftigt sich mit den folgenden Bereichen:

Vollziehung von Sozialentschädigungsangelegenheiten nach dem:
• Verbrechensopfergesetz für Burgenland, Niederösterreich, Wien, Ausland (inkl. Heilfürsorge u. Orthopädische Versorgung)
• Heimopferrentengesetz für Burgenland, Niederösterreich, Wien, Ausland

- Regresse nach allen Sozialentschädigungsgesetzen
- Bundesweite Kooperation u. Koordination in EU-Angelegenheiten d. Verbrechensopferhilfe

Aufgaben der Bewerber:innen:

- Prüfung und Beurteilung des Sachverhaltes auf Vorliegen strafrechtlicher Tatbestände, die Leistungen nach dem VOG begründen unter Vorwegnahme der richterlichen Entscheidung (Strafaktenstudium)
- Auswertung der entscheidungsrelevanten Umstände unter Bedachtnahme auf die Bestimmungen insb. des VOG, AVG, StGB, ABGB und der einschlägigen Judikatur
- Feststellung der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Schäden
- Beweiswürdigung und Ausarbeitung von Entscheidungsvorschlägen in folgenden Angelegenheiten des Verbrechensopfergesetzes:
  Einkommensermittlung, Ersatz des Verdienst- oder Unterhaltsentganges
  Bemessung von Pflegezulage, Blindenzulage und Schmerzengeld, Leistungen der Heilfürsorge, orthopädische Versorgung und Ersatz von Bestattungskosten
  Setzen von Maßnahmen der medizinischen, der beruflichen und der sozialen Rehabilitation
- Führen von Regressangelegenheiten
- Vertretung vor dem BVwG
- Verfassen von Schriftsätzen bei Revisions- und Amtshaftungsverfahren
- Bearbeitung, Prüfung und Ausarbeitung von Entscheidungsvorschlägen bei Renten- und Feststellungsverfahren nach dem Heimopferrentengesetz

Erfordernisse

- österreichische Staatsbürgerschaft oder unbeschränkter Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt
- Unbescholtenheit
- Abschluss eines rechtswissenschaftlichen Studiums
- volle Handlungsfähigkeit
- persönliche und fachliche Eignung, die mit der Erfüllung der Aufgaben als Referent:in im Bereich des Verbrechensopfergesetzes verbunden sind
- gute Kommunikations- und Verhandlungsfähigkeit
- Teamfähigkeit, Verlässlichkeit, Flexibilität, psychische Belastbarkeit

Bewerbungsunterlagen, Verfahren und Sonstiges

Erforderliche Unterlagen:
- Bewerbungsschreiben
- Lebenslauf mit Foto
- Staatsbürgerschaftsnachweis
- Sponsionsurkunde

Auswahlverfahren: Vorauswahl, Eignungstest, Informationsgespräch

Das Ausbildungsverhältnis wird für die Dauer von einem Jahr im Ausmaß von 40 Wochenstunden (Vollbeschäftigung) abgeschlossen.

Allfällige Kosten im Zusammenhang mit der Bewerbung bzw. dem Auswahlverfahren werden nicht ersetzt.

Es werden nur Online-Bewerbungen über die Jobbörse der Republik Österreich (www.jobboerse.gv.at) berücksichtigt.

Die Bewerber:innen haben sich einem elektronischen Eignungsscreening zu unterziehen. Der Aufnahmetest beinhaltet verbale und numerische Intelligenz sowie Allgemeinwissen.
Demolink für das Eignungsscreening:
www.oeffentlicherdienst.gv.at/moderner_arbeitgeber/start_im_bundesdienst/selbsttest.html

Ergebnisse eines Eignungsscreenings derselben Wertigkeit (v1) von einem anderen Bundesressort (Ministerium), welches Sie in den letzten 12 Monaten bis zum Tag der Veröffentlichung dieses Ausschreibungsverfahrens absolviert haben, geben Sie uns bitte bei der Bewerbung bekannt (Kopie der Mitteilung des Ergebnisses des Eignungsscreenings).

Interessierte Menschen mit Behinderung möchten wir auf das Unterstützungsangebot der Plattform www.bundessache.at aufmerksam machen.

Kontaktinformation

Sie haben Fragen? Wenden Sie sich gerne direkt an
Bewerbungen.BASB@sozialministeriumservice.at

Bei technischen Fragen wenden Sie sich bitte an das
Service Center unter der Tel. +43 1 24242/505999